

Adenauers Moskau-Besuch aus sowjetischer Sicht Wende der sowjetischen Deutschland-Politik nach Stalins Tod*

Von Gerhard Wettig

Die DDR galt anfänglich in Moskau als der Staat, der das ganze deutsche Volk repräsentierte, auch wenn diesem die westlichen Landesteile durch die Anwesenheit der westlichen Besatzungsmächte vorenthalten wurden. Stalin hatte ihre Konstituierung daher als die Schaffung eines „friedliebenden demokratischen Deutschlands“ begrüßt, die der „Wendepunkt in der Geschichte Europas“ sei.¹ Um die Vorstellung, dass die nationale Einheit von dort ausgehen müsse, im „bürgerlich“ dominierten Westdeutschland mit Aussicht auf Erfolg propagieren zu können, wurde die DDR als ein Staat „antifaschistisch-demokratischen“, mithin „bürgerlichen“ Charakters dargestellt. 1951 begann ihre militärische Eingliederung in das sowjetische Imperium, der im Sommer 1952 die Proklamierung des „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“, mithin die Abkehr von der These „bürgerlicher“ Orientierung, folgte. Gleichwohl wurde die Einheitspropaganda fortgesetzt, der nach Stalins Tod im Zusammenhang mit dem „Neuen Kurs“ in der DDR erneut bürgerliche Töne beigemischt wurden. Nach der Erschütterung der kommunistischen Herrschaft am 17. Juni 1953 erschien dies als allzu riskant. Jeder Anschein, dass die sozialistische Orientierung in Frage stehen könnte, war fortan zu vermeiden. Das Bemühen um Stabilisierung der DDR erhielt Vorrang vor dem Versuch, nationale Tendenzen in der Bundesrepublik für die sowjetische Politik zu mobilisieren.²

Der Krenml veränderte die Forderung nach Bildung einer gesamtdeutschen Regierung auf der Basis von Verhandlungen zwischen beiden Staaten dahingehend, dass diese nicht länger die Macht im Lande, sondern lediglich Abstimmungsaufgaben übernehmen, also die Zweistaatlichkeit festigen und bestätigen solle.³ Der Schwerpunkt der Propaganda verlagerte sich auf den Vorschlag eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit, den Außenminister Molotow erstmals auf der Berliner Vier-Mächte-Konferenz am 10. Februar 1954 präsentierte. Vertragliche Zusagen, welche die Länder Ost-

* Redaktionelle Bemerkung: Russische Namen erscheinen im Text in der gewohnten Umschrift; in den Fußnoten wird die wissenschaftliche Transkription verwendet.

1 Grußtelegramm Stalins, 13.10.1949, in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion*, hg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1: *Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954*, Berlin (Ost) 1957, S. 238f.

2 Hierzu näher Gerhard WETTIG, *Entwicklungen zur Nationalen Volksarmee und zum Warschauer Pakt*, in: *Deutschland Archiv* 2 (2005), S. 280–287.

3 Note der UdSSR an die Westmächte, 15.8.1953, in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion* (wie Anm. 1), S. 329–339.

und Westeuropas miteinander austauschen würden, sollten statt der NATO und ihrer militärischen Anstrengungen die Sicherheit auf dem Kontinent gewährleisten. Von einem Ende der bilateralen Beistandspakte, welche die UdSSR mit ihren Satellitenstaaten geschlossen hatte, und der damit verbundenen Aufrüstung, an der sich seit 1952 auch die DDR beteiligte, war keine Rede. Die Westeuropäer sollten ihre Sicherheit nicht durch Abschreckung mittels Fähigkeit zu militärischer Abwehr, sondern – so wie einst im Völkerbund, der den faschistischen Diktatoren hilflos gegenüberstand – durch Verträge mit Staaten gewährleistet sehen, zu denen tiefgreifende Interessengegensätze bestanden. Damit verband sich die Konsequenz eines Truppenabzugs aus Deutschland. Das lief auf ein Ende der amerikanischen Militärpräsenz in Europa hinaus.⁴

Dieser Plan war für den Westen völlig unannehmbar, doch glaubte die sowjetische Führung, die dortige Öffentlichkeit mit dem Versprechen gewinnen zu können, Sicherheit lasse sich ohne allianzbedingte Anstrengungen schaffen. Die Konsolidierung der deutschen Zweistaatlichkeit durch die vorgesehene separate Mitgliedschaft von DDR und Bundesrepublik wurde durch die Erklärung verschleierte, dass die Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Sicherheitssystem – im Gegensatz zur Integration Westdeutschlands in das westliche Bündnis, auf dessen angeblichen aggressiven Charakter der Ost-West-Konflikt zurückgeführt wurde – eine Annäherung einleite, die später zur Vereinigung beider Staaten führen könne. Die sowjetische Rechnung schien aufzugehen, als Ende August 1954 die französische Nationalversammlung die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik im Rahmen der westlichen Allianz zum Scheitern brachte, doch kam es danach in weniger als zwei Monaten zu einer modifizierten Regelung, deren Billigung durch die Parlamente der beteiligten Staaten der Kreml daraufhin zu verhindern suchte.

Die sowjetische Regierung appellierte daher unter anderem an die westdeutsche Bevölkerung, um der Wiedervereinigung willen den vertraglich festgelegten Beitritt ihres Landes zur NATO zu verhindern. Eine Erklärung vom 15. Januar 1955 jedoch stellte ihr für diesen Fall eine Perspektive vor Augen, die eher in eine andere Richtung deutete: Die Sowjetunion unterhält gute Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik.

„Die sowjetische Regierung ist bereit, auch die Beziehungen der UdSSR zur Deutschen Bundesrepublik zu normalisieren. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen könnte eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik gleichzeitig zu einem besseren

4 Ausführungen Molotows am 10.2.1954, in: *Die Viererkonferenz in Berlin 1954. Reden und Dokumente*, hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin 1954, S. 183–192.

gegenseitigen Verständnis und zum Suchen erfolgreicher Wege zur Lösung der Aufgabe der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands beitragen.“

Falls statt dessen die Verträge über die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis ratifiziert würden, entstehe eine neue Lage. Die Sowjetunion wolle dann „nicht nur für eine weitere Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik“ sorgen, sondern auch „durch gemeinschaftliche Bemühungen der friedliebenden europäischen Staaten [womit die Länder des sozialistischen Lagers gemeint waren] zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa beitragen.“⁵ Das war ein Hinweis auf die am 2. Dezember 1954 nach Beratungen mit den anderen sozialistischen Staaten erklärte Absicht, gegebenenfalls allein ein „System der kollektiven Sicherheit“ zu schaffen (was später durch die Gründung des Warschauer Pakts geschah).

Das Angebot an die Bundesrepublik

Die Bekundung des sowjetischen Interesses an Beziehungen zur Bundesrepublik als dem anderen deutschen Staat lag auf der seit 1953/54 verfolgten Linie. Der Kreml hatte sich schon am 25. März 1954 zur Zwei-Staaten-Politik bekannt, als er der DDR formell einen souveränen Status zubilligte.⁶ Danach waren Erwägungen über die Aufnahme von Beziehungen zu Bonn angestellt worden, mit denen man der westdeutschen Öffentlichkeit entgegenkommen wollte.⁷ Durch die Beendigung des Kriegszustands mit Deutschland am 25. Januar 1955, die, wie es hieß, Hindernisse gegen die Normalisierung der Beziehungen aus dem Weg räumen sollte,⁸ schuf der Oberste Sowjet der UdSSR dafür eine wichtige formale Voraussetzung. Nachdem Chruschtschow Anfang Februar den ihm ergebenden Marschall Bulganin statt Malenkow zum Ministerpräsidenten gemacht und wenig später Molotow die Leitung der Außenpolitik faktisch aus der Hand genommen hatte,⁹ setzte er das Angebot zur

5 Erklärung der Regierung der UdSSR, 15.1.1955, in: *Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten*, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, II. Teil: *November 1953–Dezember 1955*, Bonn 1958, S. 185–188 (Zitate auf S. 188).

6 Erklärung der Regierung der UdSSR, 25. 3. 1954, EBD, S. 89f.

7 O nastroenijach v Zapadnoj Germanii v pol'zu normalizacii otnošenij s Sovetskim Sojuzom (Über die Stimmungen in Westdeutschland zu Gunsten der Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion [an Botschafter Puškin gesandte Ausarbeitung der sow-j-etischen Hochkommission]), 21.4.1954, Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii (Außenpolitisches Archiv der Russischen Föderation, künftig: AVPRF), 082, 42, 284, 12, Bl. 54–56.

8 Erlass des Obersten Sowjet der UdSSR, 25.1.1955, in: *Die Bemühungen der Bundesrepublik* (wie Anm. 5), S. 189f.

9 Vladislav M. ZUBOK, *Soviet Policy at the Geneva Conference, 1955*, in: Günter BISCHOF/Sakri DOCKRILL (Hg.), *Cold War Respite. The Geneva Summit of 1955*, Baton Rouge 2000, S. 57–59.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen an die Bundesrepublik durch, obwohl diese mit dem Beitritt zur NATO am 5. Mai der gestellten Vorbedingung nicht entsprochen hatte.¹⁰ Die Moskauer Presse brachte in den folgenden Wochen Artikel mit Hinweisen auf die geplante Initiative,¹¹ für die das Außenministerium Entwürfe vorbereitete, die am 25. Mai im ZK-Präsidium beraten wurden.¹²

Zeitgleich mit einer Information der SED-Führung durch Chruschtschow¹³ wurde am 7. Juni der westdeutschen Botschaft in Paris eine Note übergeben. Das „Interesse des Friedens und der europäischen Sicherheit“ mache „ebenso wie die Interessen der sowjetischen und deutschen Bevölkerung“ eine Normalisierung des Verhältnisses beider Staaten erforderlich, das „auf gegenseitigem Vertrauen und friedlicher Zusammenarbeit“ beruhen müsse. Adenauer wurde „in nächster Zeit“ nach Moskau eingeladen zur „Erörterung der Frage der Herstellung diplomatischer sowie Handelsbeziehungen“ und der damit zusammenhängenden Probleme.¹⁴ Noch am gleichen Tag wurde die Öffentlichkeit von der amtlichen Nachrichtenagentur TASS über die Note in Kenntnis gesetzt.

Ungewöhnlich großes sowjetisches Interesse

Die während der Verhandlungen mit Adenauer zu Tage getretene große Bereitschaft, auf den Verhandlungspartner einzugehen, lassen auf ein außerordentlich großes Interesse schließen, dass das Angebot zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen angenommen wurde. Im Umgang mit auswärtigen Akteuren war die sowjetische Führung normalerweise weniger entgegenkommend. Sie stellte viele Forderungen und Bedingungen und war kaum zu ernstlichen Abstrichen davon zu bewegen. Zwar war sie bei dem kurz zuvor abgeschlossenen österreichischen Staatsvertrag von der früheren harten Haltung abgerückt, aber der weit verbreitete Eindruck, dass sie zu einer Politik der

10 Ausführungen von A. A. Gromyko auf der Tagung des ZK-Plenums, 25.6.1957 (Abendsitzung), in: *Molotov, Malenkov, Kaganovič. 1957. Stenogramma i jun'skogo plenuma CK KPSS i drugie dokumenty (Molotov, Malenkov, Kaganovič. 1957. Das Stenogramm des Juni-Plenums des ZK der KPdSU und andere Dokumente)*, Moskau 1998, S. 231; Ausführungen von N. S. Chrusčëv auf der Tagung des ZK-Plenums, 29.6.1957, EBD., S. 533.

11 Faina I. NOVIK, „*Ottepel*“ i inercija cholodnoj vojny. *Germanskaja politika SSSR v 1953–1955 gg. (Das „Tauwetter“ und das Beharrungsvermögen des Kalten Krieges. Die Deutschland-Politik der UdSSR 1953–1955)*, Moskau 2001, S. 186.

12 EBD. S. 186.

13 N. S. Chrusčëv an das ZK der SED, 7.6.1955, o. Bl., wiedergegeben in: Beate IHME-TUCHEL, *Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen im Herbst 1955 im Spiegel der Diskussion zwischen SED und KPdSU*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 53 (1994), S. 458f. (Archiv-Nachweis: SAPMO-BArch, NY 30/J IV 2/202/125).

14 Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, 7.6.1955, in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik* (wie Anm. 1), S. 76–78 (russ. Originaltext), 78–80 (dt. Übersetzung).

Zugeständnisse übergegangen sei, entsprach nicht den Tatsachen. Es ging lediglich darum, eine bereits 1949 aufgrund westlichen Nachgebens erzielte, dann aber ohne erkennbaren sachlichen Grund widerrufenen Einigung zu verwirklichen. In Chruschtschows Sicht war die Festlegung des – für die UdSSR unwichtigen – Alpenlandes auf die Neutralität ein bedeutender Vorteil, weil dadurch die territoriale Verbindung der NATO zwischen Mittel- und Südeuropa unterbrochen und den Neutralisten im Westen ein Modell vor Augen gestellt wurde, das sie, wie der Kremlführer hoffte, zu vermehrten Anstrengungen bewegen würde, einen neutralen europäischen Staatengürtel, vor allem in der Mitte des Kontinents, zu schaffen und so das westliche Bündnis aufzurollen. Auch musste Moskau in Österreich – anders als bei einer deutschen Wiedervereinigung – kein kommunistisches Regime aufgeben, denn bereits seit Kriegsende gab es dort eine gesamtstaatliche demokratische Regierung, die weitgehend unabhängig über die inneren Angelegenheiten entscheiden konnte.

Angesichts der Hartnäckigkeit, mit der die sowjetische Führung sonst auf ihren Positionen bestand, überraschten Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen mit Adenauer. Der Kreml akzeptierte, dass sein Schützling DDR gegenüber dem traditionellen Feindstaat Bundesrepublik benachteiligt und diskriminiert wurde: Während er Bonn einen diplomatischen Draht zu nunmehr auch der vierten Siegergroßmacht verschaffte, blieb Ost-Berlin nach wie vor auf die Beziehungen nur zur UdSSR und deren Klientenstaaten beschränkt und damit international isoliert. Zwar mochte die sowjetische Seite hoffen, dass, wie man im Umkreis Adenauers befürchtete, das Moskauer Beispiel zweier deutscher Botschaften anderswo Schule machen und die Anerkennungsblockade gegen die DDR überwinden werde, doch war sie – in minimalem Umfang und mit späterem Dementi (das aber die Rechtsgültigkeit nicht aufhob) – bereit, die Vorbehalte der Bundesregierung bezüglich der Grenzen und des Alleinvertretungsanspruchs hinzunehmen.¹⁵

Dazu kamen die Zugeständnisse hinsichtlich der in der UdSSR zurückgehaltenen Deutschen. Es ist zwar zu recht betont worden, dass die Freigabe der Gefangenen ohnehin vorgesehen war, doch erscheint die Ansicht von Michael Lemke, Werner Kilian und Beate Ihme-Tuchel überzogen, es habe sich um kein Entgegenkommen, sondern um eine bloß vorgetäuschte Konzession gehandelt, weil diese Maßnahme ohnehin vorgesehen gewesen sei.¹⁶ Zwar stand die Entlassung als solche von vornherein fest, doch waren, wie auch Michael

15 Werner KILIAN, *Adenauers Reise nach Moskau*, Freiburg i. Br. 2005, S. 191–200, 223f; Michael LEMKE, *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961*, Köln 2001, S. 348.

16 EBD. S. 346; KILIAN (wie Anm. 15), S. 13, 84; IHME-TUCHEL, *Entlassung* (wie Anm. 13), S. 453f.

Borchard betont,¹⁷ die – für den innenpolitischen Erfolg des Bundeskanzlers entscheidenden – Modalitäten zunächst anders gedacht. Chruschtschow wollte, wenn Adenauer die Gefangenenfrage aufwerfen würde, zur Antwort geben, diese werde „von den zuständigen sowjetischen Instanzen geprüft“, und es sei „eine günstige Entscheidung zu erwarten“. In einem späteren Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjet sollte die Freilassung mit einem „Ersuchen der Regierung der DDR und der Regierung der Deutschen Bundesrepublik“ in Verbindung gebracht werden.¹⁸ Die Freigabe wäre als freier, auf keiner Verpflichtung gegenüber dem Bundeskanzler beruhender sowjetischer Entschluss erschienen, dessen Anregung man auch dem SED-Regime hätte zugute halten müssen, obwohl dieses sich nicht für Gefangenenfrage interessiert hatte, bevor sich abzeichnete, dass Bonn das Thema zur Sprache bringen wollte. Der Erfolg, den Adenauer in den harten, bis an den Rand des Abbruchs gehenden Moskauer Verhandlungen erzielte, bestand darin, dass er eine konkrete Zusage mit nach Hause nahm und diese als seinen Erfolg verbuchen konnte. Das gestand ihm Chruschtschow erst zu, als er erkannt hatte, dass die Beziehungen zu Bonn ohne diesen Preis nicht zu haben waren.

Das Entgegenkommen, das jede Rücksicht auf die Wünsche der „Freunde“ in Ost-Berlin vermissen ließ und Ulbricht später im internen Gespräch zu bitteren Worten gegenüber der sowjetischen Seite bewog¹⁹ und dem Bundeskanzler nach seiner Rückkehr zu Hause enorme Popularität verschaffte, erschien angesichts der großen Bedeutung gerechtfertigt, die man im Kreml den diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik beilegte. Die Tatsache, dass sie zustande kamen, wurde in den Rückblicken des Außenministeriums auf die Entwicklungen im Jahr 1955 als der größte Erfolg des Jahres vermerkt. Bonn sei gezwungen worden, „den Weg der Normalisierung der Beziehungen zu beschreiten“. Die westdeutsche Bevölkerung habe die Herstellung diplomatischer Beziehungen mehrheitlich begrüßt; die sowjetische Position in ihrem Lande sei „beträchtlich gestärkt“ worden.²⁰ Welche Erwartungen dieser Sicht zugrunde lagen, bedarf näherer Beleuchtung.

17 Michael BORCHARD, *Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949–1955* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 35), Düsseldorf 2000, S. 242.

18 N. S. Chrusčëv an das ZK der SED, 14.7.1955, SAPMO-BArch, NY 4090/472, Bl. 301; gedr. bei IHME-TUCHEL (wie Anm. 13), S. 459f.

19 Gespräch W. Ulbricht – V. S. Semënov, 17.1.1967, SAPMO-BArch, DY 30/3520, Bl. 6, 9, 13.

20 Zitiert nach AVPRF-Akten in: Beate IHME-TUCHEL, *Die SED und die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion zwischen 1949 und 1955*, in: *Deutschland Archiv* 5 (1994), S. 500.

Vierfache Motivation

Nach Ausweis der östlichen Akten ist die Frage nach den Beweggründen des starken sowjetischen Interesses mit vier Feststellungen zu beantworten:

1. Nach internen Bekundungen ging es darum, durch diplomatische Beziehungen einen verstärkten Einfluss auf die Bundesrepublik zu gewinnen, um sie aus der „Abhängigkeit von den USA“ zu lösen und sie der Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa geneigt zu machen, das an die Stelle von NATO und Warschauer Pakt treten sollte.²¹ Dabei ging man in Moskau von der Gewissheit aus, dass ein westdeutscher Rückzug aus der NATO, dem die Räumung der Bundesrepublik durch die westlichen Truppen folgen würde, das Ende der atlantischen Allianz einleiten müsse.
2. Das sowjetische Kalkül beruhte nicht etwa auf der Hoffnung, Adenauer und sein politisches Lager zur politischen Umkehr bewegen zu können. Die Bundesregierung und die sie stützenden Kräfte galten als unveränderlich „reaktionär“; von ihnen wurde keine Neuorientierung erwartet. Es ging ausschließlich darum, sie zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu veranlassen, um auf deren Grundlage anschließend die sich gegen Adenauers Politik wendenden Personen und Gruppen zu stärken, um mit ihrer Hilfe die Bindungen an das westliche Bündnis innenpolitisch zu kippen.²²
3. Die sowjetische Hoffnung richtete sich zum einen auf die SPD, die sich durch das Engagement maßgeblicher Parteiführer, darunter ihres Vorsitzenden Erich Ollenhauer, in der „Paulskirchen-Bewegung“ zu den Warnern vor den nach ihrer Ansicht einheitsverhindernden Konsequenzen des NATO-Beitritts gesellt und damit gegen Adenauers Westintegrationspolitik gewandt hatte. Zum anderen setzte der Kreml auf Kräfte im bürgerlichen Lager, die entweder bereits Gegner des Bundeskanzlers waren (wie Gustav Heinemann, Martin Niemöller und Helene Wessel) oder doch das Potential dazu zu haben schienen (wie vor allem führende Kreise der Wirtschaft, von deren Osthandelsinteresse man ausging). Der von der anvisierten Botschaft auszuübende Einfluss sollte die „Unzufriedenheit mit der heutigen Politik der Regierung“ verstärken und die Bundesrepublik zu einer „unabhängigeren Außenpolitik“ bewegen.²³

21 N. S. Chruščëv an das ZK der SED, 7.6.1955, SAPMO-BArch, DY 30/3503, Bl. 8f. (dt. Übersetzung), 11f. (russischer Originaltext). Russische Wiedergabe der Zitate bei Faina NOVIK, *Ustanovlenie diplomatičeskich otnoženij meždu SSSR i FRG* (Die Errichtung diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD), in: *Otečstvennaja istorija*, 6 (1995), S. 106–119 (Zitate S. 108f.), sowie NOVIK, *Ottepel* (wie Anm. 11), S. 186 unter Hinweis auf die Signatur AVPRF, 06, 14, 13, 184, Bl. 48f.; dt. Übersetzung bei: IHME-TUCHEL, *Entlassung* (wie Anm. 13), S. 458f.

22 EBD.

23 EBD.; ZUBOK (wie Anm. 9), S. 66f.

4. Als ein weiteres zwar sekundäres, aber durchaus wichtiges Motiv kam der Wunsch hinzu, den Handelsaustausch auszuweiten und Kredite für dringend benötigte Lieferungen zu erhalten.²⁴ Die sowjetische Führung ging davon aus, es bestehe so wie in der Zwischenkriegszeit ein enormes Interesse am sowjetischen Markt, das sich mit großer Bereitschaft zur Weitergabe von technischem Know-how und zu finanziellem Entgegenkommen verbinde.²⁵

Die dargestellten Motivationen betreffen zentrale Ziele der sowjetischen Politik: die Beseitigung der NATO, die Vertreibung der USA aus Europa und die Stärkung des materiellen Ressourcen, auf denen die Macht der UdSSR beruhte. Das macht plausibel, wieso der Kreml die Aufnahme diplomatischer Beziehung zur Bundesrepublik für so wichtig erachtete und dafür die Solidarität mit der DDR hintanstellte. Deren Wünsche hatten zurückzutreten, wenn es um Ziele der UdSSR ging. Das zeigte sich auch bei der Gefangenenerfrage. Zwar fragte Chruschtschow die SED-Führung nach ihrer Meinung,²⁶ doch sorgte der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin dafür, dass alles Unerwünschte aus dem Antwortschreiben gestrichen wurde.²⁷

Es mag befremdlich erscheinen, dass Chruschtschow entscheidende Ziele seiner Politik durch Einflussnahme auf die Öffentlichkeit eines anderen Landes zu erreichen gedachte. Das widersprach zwar westlichen, nicht aber sowjetischen Vorstellungen. Als Trotzki nach Lenins Machtergreifung 1917 in dessen Auftrag das Außenministerium übernahm, wollte er nur einige Appelle an die „unterdrückten und ausgebeuteten Völker“ richten, sich dem Kampf der russischen Kommunisten anzuschließen. Dann könne er die „Bude“ schließen, weil die angesprochenen Massen den Aufrufen folgen und nach dem gemeinsamen Sieg dauerhaft mit den russischen „Klassengenossen“ vereint bleiben würden. Das erwies sich als Illusion, weil die auswärtigen Völker sich der geplanten Weltrevolution verweigerten und die ausländischen Regierungen daher als politische Faktoren fortbestanden, mit denen man rechnen und folglich in Beziehung treten musste.

Das diplomatische Instrument erschien daher weiterhin erforderlich, doch hielten Lenin und seine Nachfolger an „revolutionären“ Appellen fest. Neben die übliche Form der Außenpolitik trat das – von der Kommunistischen Internationale vorantriebene – Bemühen, auf andere Länder von innen her un-

24 N. S. Chruščëv, *Vremja, ljudi, vlast' (Die Zeit, die Menschen und die Macht)*, Bd. 2, Moskau 1999, S. 236.

25 ZUBOK (wie Anm. 9), S. 62.

26 N. S. Chruščëv an das ZK der SED, 14.7.1955, SAPMO-BArch, NY 4090/472, Bl. 302. Wiedergabe auch bei IHME-TUCHEL, *Entlassung* (wie Anm. 13), S. 460.

27 Entwurf eines Schreibens des ZK der SED an das ZK der KPdSU, 28.7.1955, und auf Veranlassung von Botschafter Puškin gekürzte Endfassung, 4.8.1955, wiedergegeben in: IHME-TUCHEL, *Entlassung* (wie Anm. 13), S. 460f.

ter Benutzung dortiger Anhänger und Sympathisanten einzuwirken. Nach Auflösung der Komintern 1943 blieb ihr Apparat bestehen und diente als Organ der sowjetischen Parteibürokratie weiter dem gleichen Zweck. Die Botschaften im „kapitalistischen“ Ausland übernahmen neben dem üblichen Auftrag die Funktion von Stützpunkten der Einflussnahme auf die Öffentlichkeit des Gastlandes. Das erklärt, wieso sich der Kreml von der Einrichtung einer Botschaft in Bonn innenpolitische Einwirkungsmöglichkeiten auf die Außenpolitik der Bundesrepublik versprach. Diese Erwartung erwies sich freilich in den folgenden Jahren als ebenso unrealistisch wie der Glaube, dass die führenden westdeutschen Industriellen ein vorrangiges Interesse am russischen Markt und an der engen Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Wirtschaftssystem haben müssten, das, wie Chruschtschow meinte, überlegene Wachstumsaussichten hatte und im Gegensatz zum Kapitalismus keine Krisen kannte.

Die Verhandlungen mit Adenauer im sowjetischen Rückblick

Die sowjetische Führung sah in dem Verhandlungsergebnis einen großen Erfolg. Dass er erreicht worden war, schrieb sie weniger Adenauers Bereitwilligkeit als einer auf ihn einwirkenden innenpolitischen Nötigung zu. Sein unerschütterliches Beharren auf dem Verlangen nach Wiedervereinigung durch freie Wahlen und seine Rechtfertigung der NATO als nicht-aggressives, auf bloße Verteidigung ausgerichtetes Bündnis wurden sehr negativ vermerkt. Wenn er gleichwohl einer Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR zustimmte, so erschien dies als „Ergebnis des auf die Bonner Regierung von unten ausgeübten Druckes und des Druckes der Wirtschaftskreise“. Mit Befriedigung sah man auch, dass der amerikanische Botschafter in Moskau, Charles Bohlen, eine beginnende westdeutsche Abwendung von der NATO zu erkennen glaubte und durch einen entsprechenden Bericht nach Washington Argwohn gegen die Bundesrepublik schürte (wobei es ihm freilich nicht gelang, das Vertrauen führender Persönlichkeiten, vor allem Präsident Eisenhowers, zu Adenauer zu erschüttern). Die ernste Belastung, welche die sowjetische Seite im Verhältnis zwischen den USA und der Bundesrepublik entstanden glaubte, ließ sie den Schluss ziehen, der „Gedanke gewisser Selbständigkeitsbestrebungen des westdeutschen Imperialismus gegenüber dem amerikanischen Imperialismus“ sei nicht länger „von der Hand zu weisen“.²⁸

Chruschtschow hatte schon vor dem persönlichen Eindruck während der Moskauer Verhandlungen von Adenauer eine feste Vorstellung gehabt, die er dann bestätigt sah: die eines Greises, der entgegengesetzte Ziele verfolgte und

²⁸ Auszug aus einem Schreiben von Botschafter König aus Moskau, 4.3.1957, PA-MfAA, A 3010, Bl. 79 (Wiedergabe sowjetischer Aussagen).

mithin ohne guten Willen war.²⁹ Seinen Mitarbeitern im Kreml gegenüber nannte er ihn einen unbelehrbaren „alten Knacker“, der die neue, vom siegreichen Vordringen des Sozialismus bestimmte Zeit nicht mehr verstand.³⁰ Aufgrund seines Verhaltens in den Gesprächen wurde ihm gleichwohl die Fähigkeit zugebilligt, sich gebieterischen Umständen taktisch anzupassen. Das habe er gezeigt, als er nach Moskau reiste und dort schließlich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen akzeptierte, obwohl ihm zuvor der „starke Wunsch“ nach Wiedervereinigung in westlichem Sinne lange Zeit das „gesunde Urteil“ getrübt habe. Ihm sei aber dann klar geworden, dass die antiso-wjetische „Politik der Stärke“ keinen Erfolg mehr versprach, weswegen er auf einen Kurs der Kontakte zur UdSSR umgeschwenkt sei und sich statt dessen bemüht habe, durch Kredite Einfluss zu gewinnen.³¹

Das Bild, das bei den Verhandlungspartnern von der Persönlichkeit Adenauers entstand, hat sich in der Darstellung eines Mitglieds der sowjetischen Delegation exemplarisch niedergeschlagen: „Konrad Adenauer hinterließ bei mir einen starken, aber zwiespältigen Eindruck. Einerseits war zu spüren, dass dieser weise, nachdenkliche Politiker eine ganze Epoche in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, möglicherweise ganz Westeuropas verkörperte. Andererseits erschien er mir als ein Talleyrand des 20. Jahrhunderts, eine Art Januskopf, ein Meister der feinen diplomatischen Intrige, aber ohne jede Flexibilität, was die UdSSR betraf. Hier sah er nur zwei Farben – Schwarz und Weiß, Licht und Schatten.“³²

Zusammen mit den vorerwähnten Einschätzungen lässt dieses Urteil erkennen, dass Adenauer nach seinem Besuch im Kreml als ein für die sowjetischen Vorstellungen gänzlich unempfindlicher Systemgegner galt, dem man zwar keine Sympathie, wohl aber Respekt entgegenbrachte, weil man in den Verhandlungen seine Beharrlichkeit und sein Geschick kennen gelernt hatte. Der Vergleich mit Talleyrand war dabei ein besonderes Kompliment, denn man billigte ihm damit zu, dass er es wie dieser verstand, nach der militärischen Niederlage das Äußerste für sein Land herauszuholen.

29 Chruščëv, *Vremja* (wie Anm. 24), S. 258 (Erinnerung an einen Meinungs-austausch mit Eisenhower oder Dulles auf der Genfer Gipfelkonferenz).

30 Oleg GRINEVSKIJ, *Tysjača i odin den' Nikity Sergeeviča* (*Die 1001 Tage des Nikita Sergeevič [Chruščëv]*), Moskau 1998, S. 23–29. Grinevskij war ein enger Mitarbeiter Chruščëv.

31 Chruščëv, *Vremja* (wie Anm. 24), S. 236.

32 Wladimir S. SEMJONOW, *Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991*, Berlin 1995, S. 305.